

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER

LINKSOPPOSITION

Redaktion und Administration:
XVI, Kirchstettengasse 19/10.

10 Nummern 8 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119471

Preis 15 Groschen

Juli 1933

7. Jahrgang, Nr. 131

Wer irrt?!

Die Sozialdemokratie hat zunächst den schwarzen Kurs versteckt durch Tolerierung unterstützt. Jetzt ist sie zu seiner offenen «verfassungsmäßigen» Unterstützung übergegangen. Immer wieder bietet sie den Christlichsozialen an die «Zusammenfassung der Kräfte», die Koalition, ja neuestens («A.-Z.», 2. Juli) eine Diktatur nach dem Muster Brüning-Braun, wie sie 1930 geplant war und — ach! — nicht zu stande gekommen sei. Das Zentrum habe nicht mit der SPD zusammen regieren wollen und bezahle nun diesen seinen Irrtum mit seinem Zusammenbruch, die Christlichsozialen sollen doch aus diesem Fehler des deutschen Katholizismus lernen

Das Handeln jeder politischen Partei wird von den politischen, letzten Endes von den wirtschaftlichen Interessen derjenigen Klasse bestimmt, die diese Partei wirklich vertritt. Die Kapitalistenklasse sieht vor sich keinen anderen Ausweg als die kapitalistische Ueberwindung der Krise auf Kosten der Masse. Daher muß jede kapitalistische Partei — und die Christlichsozialen sind eine kapitalistische Partei — dem politischen System zustreben, das allein imstande ist, die Durchführung dieser, dem Kapitalismus heute gestellten wirtschaftlichen Grundaufgabe auf sich zu nehmen, das ist zur offenen kapitalistischen Diktatur.

Die Sozialdemokratie ist zu jedem Verrat an den Arbeitern bereit, allein, sie hat für die Bourgeoisie nur so lange Wert, so lange sie imstande ist, Arbeitermassen hinter sich zu schleppen. Hier ist die Grenze für den sozialdemokratischen Verrat. Die offene kapitalistische Diktatur besteht aber gerade darin, daß sie diese Grenze überschreitet, überschreiten muß, wenn anders jene kapitalistische Grundaufgabe der Lösung entgegengeführt werden soll.

Das Zentrum also hat bestimmt nicht geirrt, daß es die Koalition mit der SPD ablehnte. Sein Irrtum bestand nur darin, daß es sich einbildete, die offene kapitalistische Diktatur sei möglich mit dem Zentrum an der Spitze. Die offene kapitalistische Diktatur ist das Herrschaftssystem des Monopolkapitalismus, des Finanzkapitals, unter den Bedingungen der akuten kapitalistischen Niedergangskrise, und das Werkzeug, womit das Finanzkapital diese seine Herrschaft verwirklicht, ist die faschistische Partei und nicht ein Zentrum und selbst nicht die Deutschnationalen. Das Finanzkapital ordnet sich ein, unterordnet sich alle anderen kapitalistischen Schichten, es verwirklicht sein politisches Monopol, es liquidiert alle anderen kapitalistischen Parteien, ordnet sie ein, unterordnet sie einer einzigen Partei, der faschistischen Partei, der Partei des Finanzkapitals und zerrümpelt alle revolutionären und selbst die reformistischen Positionen des Proletariats. Das Zentrum also hat in der Grundfrage nicht geirrt.

Irren die Christlichsozialen? So wie das Zentrum stehen auch sie bewußt und konsequent auf dem Boden der kapitalistischen Lösung der Grundfrage, der kapitalistischen Ueberwindung der Krise. Und so wie das Zentrum sind auch die Christlichsozialen bereit, daraus politisch alle Konsequenzen zu ziehen. Darum kommt für die Christlichsozialen die Koalition mit der Sozialdemokratie genau so wie für das Zentrum nicht in Betracht. Dennoch steht die Frage in einer wesentlichen Richtung für die Christlichsozialen anders als für das Zentrum. Die österreichischen Kapitalisten wollen nicht «gleichgeschaltet», das heißt von dem überlegenen deutschen Monopolkapitalismus nicht aufgefressen werden, darum streben

Keine ultralinken Illusionen!

Die Politik der SP hat die Arbeiter in Deutschland in den Abgrund, in Oesterreich hart an den Abgrund geführt und droht sie auch hier in den Abgrund zu führen. Auf das schwerste enttäuscht durch die SP verbreitet sich nun eine Stimmung unter der Arbeiterschaft gegen die Demokratie überhaupt, gegen den Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie überhaupt. Diese Stimmung greift über selbst auf viele oppositionell eingestellte sozialdemokratische Genossen. Wie so oft, so folgt auch hier auf die rechte die ultralinke Illusion.

Es ist ein gewaltiger Fortschritt, der in diesem Wandel zum Ausdruck kommt. Denn was hier vor sich geht, ist die Liquidierung der demokratischen Illusionen in den Köpfen der Arbeiter. Allein die Schlußfolgerung, die die Genossen aus ihrer Enttäuschung über die Demokratie ziehen, das Verwerfen der Demokratie überhaupt, das Ablehnen des Kampfes um die Wiederherstellung der Demokratie überhaupt, ist nicht nur falsch, sondern gefährlich, ja unter den gegebenen Verhältnissen tödlich gefährlich.

Wir sprechen hier nicht von der proletarischen Demokratie, die erst im Arbeiterstaat verwirklicht werden wird. Wir sprechen von der bürgerlichen Demokratie, kurz der Demokratie. Wir lehnen ab und bekämpfen aufs schwerste und zwar prinzipiell die reformistische Auffassung, die die Demokratie als Hauptziel oder wenigstens als Weg zum Hauptziel erklärt. Der kapitalistische Staat ist und bleibt auch in der Demokratie kapitalistischer Staat, kapitalisti-

sche Herrschaft, ausgeübt in demokratischer Form. Dennoch: gegen den Feudalismus (also unter vorkapitalistischen Verhältnissen) unterstützen wir den Kampf der aufkommenden Bourgeoisie um die bürgerliche Demokratie, weil wir so dem Proletariat bessere Kampfbedingungen erkämpfen; gegen den Faschismus (unter hochkapitalistischen Verhältnissen) verteidigen wir die bürgerliche Demokratie, kämpfen wir um die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, weil die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse unter der faschistischen Diktatur wesentlich schlechter sind als unter der in Form der bürgerlichen Demokratie ausgeübten kapitalistischen Herrschaft; weil wir nur in und durch diesen Kampf die Massen in unserer Hauptrichtung zu mobilisieren vermögen.

In allen Fällen ist und bleibt unser Hauptziel die Aufrichtung des Arbeiterstaates. Diejenigen, die den Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie überhaupt ablehnen, geben bewußt oder unbewußt die Lösung der Aufrichtung der Arbeitermacht. Allein welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit eine solche Lösung, nicht als Perspektive, sondern als Aktionslösung gegeben werden könne.

Erstens muß die Bourgeoisie in sich vollkommen zerrüttet sein. Heute ist das Gegenteil der Fall. Gerade und trotz dieser Erdbebenkrise, die den Kapitalismus in seinen Fundamenten erschüttert, die kapitalistische Herrschaft zu behaupten, geht die Bourgeoisie zur äußersten Konzentration der kapitalistischen Klassenkraft, zur faschistischen Diktatur.

Zweitens muß die Sozialdemokratie restlos von den Arbeitermassen entlarvt sein. Hinter der SP in Oesterreich steht aber noch immer trotz alledem und alledem die große Mehrheit der Arbeiter.

Drittens muß in den Arbeitern eine Stimmung herangereift sein, nicht nur zum Kampf überhaupt, sondern vollkommen bewußt zum Kampf um die unmittelbare Aufrichtung der Arbeitermacht unter Einsatz des ganzen Seins.

Viertens muß eine klare, erprobte, eisern geschlossene proletarische Klassenpartei vorhanden sein, die das vollkommene Vertrauen der großen Arbeitermassen, insbesondere deren entscheidender Schichten besitzt und der sich anschwelend die Sympathien der breiten Massen der Mittelschichten in Dorf und Stadt immer mehr zuwenden.

Sind diese Voraussetzungen heute gegeben? Wer sich nicht an Worten berauscht, wer nicht mit Gedanken spielt, sondern vom Standpunkt des Kampfes mit nüchternem Ernst prüft, der muß sagen: nicht eine einzige dieser Bedingungen ist heute gegeben. Nicht die Frage der Aufrichtung der Arbeitermacht steht heute auf der Tagesordnung — sie ist und bleibt Hauptziel, sie ist und bleibt die Hauptperspektive aller unserer heutigen Kämpfe — sondern auf der Tagesordnung steht der Kampf, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Dafür die Massen zu mobilisieren ist die Hauptaufgabe. Gelingt das, wird so die faschistische Diktatur verhindert, so wird zunächst, trotz aller ihrer Verrätereien, noch einmal die SP auf die Höhe der Staatsmacht geschleudert werden

und müssen die Christlichsozialen streben nach einer gerade dies sichernden Form der offenen kapitalistischen Diktatur, nach einer österreichischen Form der offenen kapitalistischen Diktatur. Da sie die offene kapitalistische Diktatur wollen, wollen sie, kommt für die Christlichsozialen die Koalition mit der SP überhaupt nicht in Betracht. Da sie die österreichische Form der offenen kapitalistischen Diktatur wollen, wollen sie, kommt für sie die Koalition mit den Agenten des deutschen Monopolkapitalismus, der sie «gleichschaltet», das heißt aufressen will, nicht in Betracht. Darum streben sie nach dem für sie einzig Möglichen, die hiesigen Nazis durch harte Massage aus Agenten des deutschen Monopolkapitals in vom deutschen Monopolkapital unabhängige, österreichische Partner der österreichischen Form der offenen kapitalistischen Diktatur zu verwandeln. Ganz klar sagte darüber Bundeskanzler Dollfuß in seiner Innsbrucker Rede (29. Juni):

«Wir haben für eine besondere Betätigung der nationalen Bewegung auch in Oesterreich Verständnis . . . aber die Kreise müssen unter einer neuen Führung sich vorerst zu ihrem deutschen Vaterland, zu Oesterreich bekennen. . . . Wir sind jederzeit bereit — ich sage es zum fünften Male öffentlich — Mittel und Wege zu suchen, um über die Schwierigkeiten und villeicht auch über Mißverständnisse hinweg zu kommen. . . . Wir sind auch weiter bereit, Freundschaft zu halten mit dem Reich. Aber die Bedingung darf es nicht geben, daß eine Partei an der Regierungsmacht in Oesterreich teilnimmt, die zu Handgranaten und Bomben greift. Eine solche Partei ist nicht regierungsfähig. Wir wollen, daß der Nationalsozialismus in Oesterreich in seiner jetzigen Form nie mehr

wieder kommt und daß neue nationale Kräfte sich in Oesterreich aktiv und staatsgestaltend am Aufbau beteiligen.»

Die Christlichsozialen irren nicht, sondern sie machen eine von ihrem Standpunkt aus vollkommen richtige Politik. Ob sie gelingen wird, ist eine andere Frage. Unter der Voraussetzung, daß die Verhältnisse im Lager des Proletariats so bleiben wie heute, hängt dies ab vom weiteren Gang der Krise. Und die Krise geht weiter! . . .

Also irrt die Sozialdemokratie? So wesentlich die Differenzen zwischen Schwarz und Braun, sie bewegen sich auf dem grundlegenden Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Der Gegensatz zwischen Schwarz und Braun ist ein Gegensatz innerhalb der Bourgeoisie, deren Großteil «österreichisch» ist, weil er fürchtet, vom deutschen Monopolkapital verschlungen zu werden. Das Proletariat kann sich politisch nur dann richtig einstellen, wenn es aus der politischen Ebene des Gegensatzes zwischen Schwarz und Braun hinabsteigt zu den wirtschaftlichen Triebkräften, denen dieser Gegensatz entspringt, und vor allem, wenn es mit beiden Beinen steht auf dem entscheidenden Kampffeld, auf dem der grundlegende Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausgetragen wird. Sieht das die Sozialdemokratie? Ja, sie sieht das. Aber sie zieht daraus nicht die unumgänglichen politischen Konsequenzen. Also irrt sie doch? Nein, die Sozialdemokratie irrt nicht. Sie kann nicht aus ihrer Haut, sie ist eine kleinbürgerliche Partei und die Widersprüche ihres Verhaltens sind nicht Irrtum, sondern sind das Wesen dieser kleinbürgerlichen Partei.

Nicht die Christlichsozialen irren. Nicht die Sozialdemokratie irrt. Nur die Arbeiter irren. Sie irren, weil sie die Sozial-

demokratie als ihre Partei, als proletarische Partei ansehen. Weder Sozialdemokratie, noch Stalinismus, beide sind Verräter, sondern Hinarbeiten auf die Schaffung der wirklichen proletarischen Klassenpartei, das ist die Grundaufgabe, die vor den Arbeitern steht.

SP-Widersprüche

Vor kurzem hat die «A.-Z.» hinausposaunt, die SP beziehe von nun an eine andere Einstellung zum Staat, diesem Staat gegenüber gebe es kein «Staatsempfinden», keine «Staatsnähe», keine «Staats-treue», «den Staat, dem wir treu waren» (den demokratisch-kapitalistischen Staat) gelte es erst wieder zu erobern. Das war am 26. und 30. Mai. Wir haben schon damals (Nr. 129) darauf hingewiesen, daß dies nur Geschrei auf dem Papier ist, um die Arbeiter zu täuschen. Vier Wochen später ist die SP schon wieder für den Staat: «Niemand, der sich zur demokratischen Verfassung und zur Republik bekennt, kann den Staat in einer ersten Gefahr im Stiche lassen», schreibt die «A.-Z.» am 28. Juni

«Wir sind bereit, im Rahmen der Verfassung jede Möglichkeit zu geben, um den Staat in diesem Notstand zu schützen, um die Republik und die Demokratie vor den Nazi zu schützen», schreibt die «A.-Z.» am 28. Juni. Es ist ein eigenartiges «Schützen der Republik und der Demokraties», das sozialdemokratische Unterstützen der Schwarzen gegen die Braunen

Die österreichische Sozialdemokratie gackert über Zentrum und SPD, meckert über die verderbliche Politik der deutschen Sozialdemokratie und — macht dabei aufs Haar genau die Politik der SPD.

Die Sozialdemokratie ist am Ende mit ihrem Latein, darum forktelt sie Widersprüche in den anderen.

Krise und Sozialdemokratie

— wenn es nicht gelingt, bis dahin die klare, erprobte, eisern geschlossene, vom Vertrauen der großen Arbeitermassen getragene proletarische Klassenpartei zu schaffen — und schwerer als die Massenmobilisierung ist die Herausbildung der proletarischen Klassenpartei, sie ist die schwerste politische Aufgabe überhaupt. Daß die Sozialdemokratie trotz ihrer jahrelangen Verrätereien die Arbeiter weiter hinter sich behaupten konnte, verdankt sie und verdankt sie ausschließlich der stalinischen Bankrotspolitik. Einer klaren proletarischen Klassenpartei gegenübergestellt, würde das neue Glück der SP bald verfliegen. Sie würde die regierende SP nicht blind bekämpfen. Im Gegenteil, sie würde sie unterstützen, wenn und soweit sie Arbeiterinteressen vertritt und sie konsequent bekämpfen, wann und wo sie gegen die Arbeiterinteressen handelt. So würde sie die Arbeitermassen um sich sammeln und schließlich im richtigen Zeitpunkt übergehen von der Perspektive zur Aktionslösung der Aufrichtung der Arbeitermacht.

Die Voraussetzungen für die Aufrichtung der Arbeitermacht sind heute nicht gegeben. Wenn dieses Hauptziel nicht bloß Phrase ist, sondern wirklicher Ernst, der muß heute alle Kraft darauf vereinigen, die Voraussetzungen zu schaffen für die unmittelbare Verwirklichung dieses Hauptzieles, der muß die ganze Kraft heute vor allem darauf konzentrieren, die großen Massen in dieser Richtung zu mobilisieren. Wie können wir, womit allein aber können wir bei der gegebenen Lage die Massen mobilisieren? Mit der Entlösung der Arbeitermacht, die prinzipiell richtig ist, wozu aber heute die realen Voraussetzungen fehlen, gewiß nicht. Wohl aber mit solchen Lösungen, die gerade das ausdrücken, was die großen Massen am dringendsten, am unmittelbarsten brauchen: Wiederherstellung der Kollektivverträge, Wiederherstellung des Achtundzestages, des Arbeiterschutzes, der Sozialversicherung, der sozialen Rechte, des Streikrechtes, des Presserechtes, des Versammlungs- und Vereinsrechtes, auskömmlicher Löhne, auskömmliche Arbeitslosenunterstützung, Arbeit und Brot, Schutz den Einrichtungen der Arbeiter, Schutz dem nackten Leben der Arbeiter, mit einem Wort Wiederherstellung der — (bürgerlichen) Demokratie.

Jene vielen ehrlichen Genossen, die sich heute von der Demokratie «überhaupt» abkehren, verstehen unter Demokratie irrigerweise nur die Stimmzettel. Das ist kein Wunder, denn der sozialdemokratischen Mandatsjägererei war und ist die Demokratie der Stimmzettel, das Parlament. «Unterschrift unterschreibt!» ruft die «Arbeiter-Zeitung» am 27. Juni und läßt diesen Ruf in folgenden bezweifelnden Worten ausmünden: «Unterschrift alle die Volksadresse und werbet alle für sie! Es gilt die Wiedereinberufung des Parlaments durchzusetzen und damit den Kampfboden wieder herzustellen, den wir brauchen, um für die Wiederherstellung der Freiheitsrechte, um den Schutz unserer sozialen Errungenschaften, um Arbeit für unsere Arbeitslosen wirksam kämpfen zu können! Ein Kampf außerhalb des Parlaments für die Interessen und Rechte der Arbeiter fällt diesen Parlamentsmaulhelden, Stimmzettel- und Mandatsjägern nicht einmal im Traum ein.

In Wirklichkeit ist die Demokratie der Inbegriff alles dessen, was die Arbeiterklasse als Maximum unter kapitalistischer Herrschaft erringen kann. Die bürgerliche Demokratie umfaßt also nicht nur das Wahlrecht, sondern auch und vor allem das Streikrecht, das Koalitionsrecht, die sozialen Rechte, das Presse-, Versammlungs-, Vereinsrecht usw. Und gerade auf diese Rechte vor allem und unmittelbar muß sich der Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie richten.

Jene oppositionellen Genossen, die von einem Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie nichts wissen wollen, beraten sich zur Begründung ihres Standpunkts auf die Stimmung der Massen. Aber die Massenstimmung ist nur einer der vielen Faktoren, nach denen die proletarische Avantgarde ihre Linie bestimmen muß. Und die Aufgabe der proletarischen Avantgarde ist nicht, die Massen in ihren Illusionen bestärken, den Massenillusionen nachzulaufen, sondern umgekehrt, den Massen helfen, von ihren Illusionen möglichst rasch zu befreien. Konzentriert die Aufmerksamkeit, den Kampfwillen der Massen nicht auf die Stimmzettel, sondern auf die Wiederherstellung der Kollektivverträge, des Streikrechtes, der sozialen Rechte, der Arbeitslosenversicherung inbe-

sonders usw. und ihr mobilisiert so die Massen zum Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie, die alle diese Rechte umfaßt.

Es klingt sehr radikal, zu sagen: wir wollen nichts mehr von der Demokratie wissen, wir wollen nur mehr für die proletarische Diktatur kämpfen. Im Munde der verbrecherischen Stalinclique, die das seit Jahren so predigt, ist das heute, nachdem diese ihre Politik zur Katastrophe in Deutschland geführt hat, niederrichtiger Verrat. Im Munde der ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter, die heute in ihrer Enttäuschung so sprechen, ist das — was die Lösung von den demokratischen Illusionen betrifft — ein entscheidender Fortschritt; doch was die praktische Stellungnahme betrifft, ist das eine tödlich gefährliche Einstellung, die schnellstens überwunden werden muß und durch die Anstrengungen aller klaren sozialdemokratischen Oppositionselemente überwunden werden wird. Wenn es etwas gibt, um den Kampf für die proletarische Sache jetzt in die Katastrophe zu führen, wenn es etwas gibt, um der Sozialdemokratie trotz ihrer Verrätereien die Gefolgschaft bei den Arbeitermassen weiter zu sichern, so ist es diese grundsätzliche, tödlich gefährliche Einstellung, die «nur noch» für die proletarische Diktatur kämpfen, von der Demokratie aber «überhaupt» nichts mehr wissen will!

Welches muß in dieser aktuell entscheidenden Frage die richtige Taktik der oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter sein?

Erstens. Sie müssen zu der kleinbürgerlichen Schichte, die tatsächlich die Politik der Sozialdemokratie bestimmt, vor der Arbeiterschaft so sprechen: Ihr geht den Arbeitern die Lösung des Kampfes für die Wiederherstellung der Demokratie. Ausgezeichnet, das unterschreiben wir, das ist richtig. Doch mit Verlaub, was tut ihr zur Durchführung dieser eurer Lösung? Mitgliederwerbungen, Volksadresse, das ist alles, doch das ist für sich allein blanke Augenauwischerei. Wir fordern von euch die wirkliche Durchführung eurer Lösung, und wir stellen euch überall in allen Sprengeln, Sektionen, Bezirkskonferenzen, Wiener Konferenzen, Parteikonferenzen usw. durch klare, konkrete, nicht überprüfte Anträge vor die unausweichliche Entscheidung: Entweder annehmen und erst Linie des Kampfes um die Wiederherstellung der Demokratie wirklich betreten — oder aber ablehnen und so den Arbeitern unabweisend beweisen, daß ihr an die wirkliche Durchführung eurer eigenen Lösung gar nicht denkt, daß euch der Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie nur «stunde» Phrase ist, daß ihr gegen den Faschismus nur maunt, in Wirklichkeit aber nicht das geringste unternimmt, um die Arbeiterschaft vor dem Faschismus zu schützen, um die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern.

Zweitens. Die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter müssen dem Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie die richtige Perspektive geben. Sie müssen die kleinbürgerliche, reformistische Koalitionsperspektive des «Zurück zu 1918!» bekämpfen und den ganzen Kampf in der Perspektive ausrichten auf die Aufrichtung des Arbeiterstaates.

Unter dem Druck unserer Kritik wagt es die verräterische Stalin-Bureaucratie nicht mehr, ihre ultralinke Position offen zu beziehen. Noch vor 14 Tagen meckerte sie mit ihren bekannten scheinradikalen Schwindelföhen: Nichts von Demokratie, nur um die proletarische Diktatur geht jetzt der Kampf. Und siehe da, die Stalin-Clique hat sich plötzlich echt stalinisch «korrigiert». Auf Seite 665 der «Rundschau» vom 23. Juni heißt es: «Gegenüber der sozialdemokratischen Parole „der Wiedereroberung der Demokratie“ stellt die Stalin-Fraktion die „Parole des Kampfes der österreichischen Arbeiterschaft im Anschluß an den Kampf des deutschen und internationalen Proletariats“. Vorreilich. Doch wofür soll dieser Kampf, im Gegensatz zur sozialdemokratischen Parole der Wiedereroberung der Demokratie“ geführt werden? Für die proletarische Diktatur? Warum spricht ihr das nicht aus? Weil ihr Stalin-Schwinder genau wißt, daß diese Aktionsparole heute grundsätzlich ist. Also, wofür soll der Kampf geführt werden? Ihr wagt es nicht auszusprechen, weil euch euer Prestige wichtiger ist als das proletarische Interesse; weil ihr euch zu bekennen fürchtet, daß ihr das Proletariat jahrelang mit eurer scheinradikalen Parole irreführt; ihr wagt es nicht zu sagen, weil ihr, wenn ihr offen sprächet, sagen müßtet: Gegenüber der sozialdemokratischen Parole «der Wiedereroberung der Demokratie» stellen wir im Anschluß an den Kampf des deutschen und internationalen Proletariats die Parole des — wirklichen Kampfes um die Wiederherstellung der Demokratie mit der Perspektive der Aufrichtung der Arbeitermacht.

«Als 1931 die Weltkrise hereinbrach, regierte in England die Arbeiterpartei, in Deutschland eine von der Sozialdemokratie geführte Koalition. Der Staat war von Arbeitervertretern regiert. Aber die Wirtschaft war in den Händen der Kapitalisten geblieben. Sie war daher unterworfen geblieben den unerbittlichen Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise, die erst mit dem Kapitalismus selbst ihre Macht verlieren können — vor allem auch dem Gesetze, nach dem jeder zeitweiligen Prosperität in der kapitalistischen Gesellschaft unabweidbar eine Krise folgt, die die Löhne drückt, die sozialen Errungenschaften erschüttert, Millionen in das Elend der Arbeitslosigkeit stürzt. Die Arbeiterregierungen konnten die Arbeiterklasse vor diesem Schicksal nicht bewahren, weil sie das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln, weil sie die Produktion um des Profits willen nicht hatten aufheben können. Aber da die Arbeiterparteien regierten, erschienen sie den Massen verantwortlich für das Schicksal. Daher wurde die Krise des Kapitalismus zum Vorwurf gegen sie und damit zur Waffe der Reaktion! So schreibt die «Arbeiter-Zeitung» am 29. Juni. Sie will mit den langatmigen Worten sagen: Schuld an der Massennot sei nicht die Sozialdemokratie, sondern die Krise. Prüfen wir.

Erstens. Die Arbeiterschaft hat sich die Sozialdemokratie geschaffen nicht nur für die Zeiten der Prosperität, sondern auch für die Zeiten der Krise. Eine Partei, die gerade dann versagt, wenn die Arbeiterschaft sie am meisten braucht, eine solche Partei hat für die Arbeiter keinen Wert. Im Gegenteil, sie schädigt die Arbeiter.

Zweitens. Ist es wahr, daß die Krise auf dem Boden des kapitalistischen Eigentums «unabweidbar» der Prosperität folgt? Ja, es ist wahr. Doch so, wie es die «Arbeiter-Zeitung» ausdrückt, wird dabei etwas entscheidend Wichtiges verschwiegen, vertuscht. Es wird nämlich die Krise den Arbeitern dargestellt als so eine Art Erdbeben, gegen das die Arbeiterklasse nichts ausrichten könne, das sie ohnmächtig über sich ergehen lassen müsse. ... In Wirklichkeit verhält es sich aber ganz anders. Indem die Kapitalisten, Kapitalistengruppen, dem Profit nachjagen, verwirklichen sie durch ihr Handeln das Mißverhältnis zwischen Produktion und zahlungsfähigem Konsum, führen sie durch ihr Handeln herbei die (relative) Ueberproduktion, den (relativen) Unterkonsum, mit einem Wort: die Krise. Und nachdem die Kapitalisten durch ihr Handeln die Krise herbeigeführt haben, nun handeln sie wieder so, daß sie die Folgen der Krise von sich weg auf die Arbeiter überwälzen, um die Krise auf Kosten der Arbeiter zu überwinden, durch Arbeiterentlassungen, durch Senken der Löhne, Steigern der Ausbeutung, Abschaffen der sozialen Errungenschaften usw. Es ist also die Aktion der Kapitalisten, die die Krise herbeigeführt, und es ist die Aktion der Kapitalisten, die die Krise auf die Massen überwälzt, es ist die Aktion der Kapitalisten, die herbeiführt, verwirklicht die Massennot, das Massenelend!

Warum verschweigt die Sozialdemokratie diesen entscheidenden Punkt? Weil der einfachste Arbeiter sofort erkennen und antworten würde: Da die Krise herbeigeführt wird durch die Aktion der Kapitalisten, da die Massennot herbeigeführt wird durch die Aktion der Kapitalisten, so kann den Arbeitern aus der Krise, aus der Massennot nur helfen die Gegenaktion der Arbeiterklasse, so kann die Krise umgekehrt auf Kosten der Kapitalisten überwunden werden durch die Gegenaktion der Arbeiterklasse. Und gerade dazu haben wir Arbeiter uns doch die Sozialdemokratie geschaffen, damit sie diese Gegenaktion der Arbeiterklasse mobilisiere, organisiere, leite. Und gerade das erwarten wir Arbeiter von Arbeitervertretern in der Regierung, daß sie die Gegenaktion der Arbeiterklasse verstärken, aus-

Nehmen wir die Arbeiterregierung in England, die am Ruder war, als die Krise begann. Sie habe den Kapitalisten das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht nehmen können, also — habe sie nichts gegen die Krise und deren Folgen machen können, sagt die «A.-Z.». Zugegeben, 1931 wäre es der Arbeiterregierung selbst beim besten Willen nicht möglich gewesen, den Kapitalisten sofort die Produktionsmittel zu enteignen. Aber bedeutet das, daß die Arbeiterregierung nicht imstande gewesen wäre, sehr ernste Maßnahmen zu ergreifen, durchzuführen, um die Folgen der Krise von den Arbeitern auf die Kapitalisten zu überwälzen! Hätte die englische Arbeiterregierung, um nur ein Beispiel zu nennen, die Verkürzung der Arbeitszeit sagen wir zunächst um eine Stunde pro Tag (ohne Lohnkürzung versteht sich) erzwingen können? Ja oder nein? Wir sagen: Ja! Aber dann hätte sie die Millionenmassen der Ausgebeuteten in England, die mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in England ausmachen, wirklich mobilisieren müssen, um der konservativ-liberalen Mehrheit ein solches Gesetz aufzuzwingen.

Warum hat das die englische Arbeiterregierung nicht getan? Warum hat sie die Massen nicht mobilisiert? Warum hat sie dies zu tun nicht einmal versucht? Weil sie als echt sozialdemokratische, das heißt kleinbürgerliche Partei ihre Grundaufgabe nicht darin sah und auch heute nicht darin sieht, die Arbeiter, die werktätigen Massen vor der Krise zu schützen auf Kosten der Kapitalisten, sondern im Gegenteil gerade darin — die «Konkurrenzfähigkeit der Industrie», die «Interesse der Wirtschaft», die «Interesse des Lande», zu schützen, mit einem Wort — das Interesse der Kapitalisten!

Nicht die Krise ist schuld, sondern die Sozialdemokratie. Sie nennt sich «Arbeiterpartei», in Wirklichkeit ist sie eine Partei in den Händen einer kleinbürgerlichen Schichte, die ihr egoistisches Interesse unter sozialistischen Phrasen den Arbeitern verschwindet als «Arbeiterinteresse» und unter diesem Mantel gegen entsprechendes Lakaienonorar zuerst den Kapitalisten hilft, die Krise herbeizuführen und, wenn die Krise da ist, den Kapitalisten hilft, die Krise zu überwinden auf Kosten der Arbeiter.

Die Krise abwenden, das können wir nicht, solange die Produktionsmittel Eigentum sind der Kapitalisten. Doch die Folgen der Krise von den Massen auf die Kapitalisten überwälzen, die Krise auf Kosten der Kapitalisten überwinden, das war und ist möglich; dafür die Massen zu mobilisieren, das war und ist möglich; die Massennot auf Kosten der Kapitalisten überwinden, das war und ist möglich. Und in all diesen Kämpfen und durch sie die Macht der Arbeiterklasse so steigern, daß sie schließlich auch das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln enteignen, die sozialistische Produktion organisieren und in dieser durch planmäßiges Vorgehen allmählich auch die Konjunkturschwankungen von Flut und Ebbe, von Prosperität und Krise überwinden kann, das war und ist möglich. Aber möglich nur durch die Aktion, durch den Kampf der Arbeiterklasse und auch da nur möglich, wenn dieser Kampf nicht geführt wird von einer Verräterpartei wie die Sozialdemokratie, von einer verräterischen Clique wie die Stalin-Fraktion, sondern geführt wird von einer ehrlichen, ernstesten, wirklichen proletarischen Klassenpartei.

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Zeitungsstand Straßenbahnhaltestelle Mariahilfer Gürtel—Ecke Mariahilferstraße; Trafik Währingerstraße 100.

ZEICHNET PRESSFONDS!

Sozialdemokratie und Faschismus

«Hugenberg davongejagt! Alle Klassen, alle Parteien unter dem Despotismus... Jetzt ist der Faschismus allein der Zwingherr des deutschen Volkes, er jagt alle bürgerlichen Parteien auseinander, er schaltet sich alle Unternehmerverbände gleich und stellt sie unter sein Kommando.» So schreibt die «A.-Z.» vom 28. Juni und richtet so an die Bourgeoisie die unausgesprochene Bitte, sie möge sich doch nicht um Gotteswillen das Schicksal der deutschen Bourgeoisie bereiten. Ist das wirklich wahr, daß in Deutschland «alle Klassen» unterdrückt werden?

In Wirklichkeit ist Hitler das Vollzugsorgan des Monopolkapitalismus, des Finanzkapitals, das sich alle anderen kapitalistischen Schichten unter- und einordnet. Es ist nicht wahr, daß «alle» bürgerlichen Parteien vom Stiefel des Faschismus zertreten werden. Nein, denn die NSDAP das ist heute die bürgerliche Partei Deutschlands, deren die deutsche Bourgeoisie bedarf, um den Erdboden unter ihren Füßen standzuhalten und die darum und dazu im Auftrag der Bourgeoisie alle anderen bürgerlichen Parteien und Gruppierungen in sich aufsaugt. Die Deutschnationalen, das Zentrum wurden zertrümmert, weil sie die Parteien sind zweitrangiger kapitalistischer Schichten, die das Finanzkapital seinem politischen Monopol eingliedert, unterstellt. Der Faschismus, die NSDAP, ist nicht eine Kraft, die sich selbständig dem Kapitalismus gegenüberstellt. Der Faschismus ist eine Kraft in den Händen der führenden Schichte der deutschen Bourgeoisie, des Monopolkapitalismus, des Finanzkapitals. Er wurde zu dieser Kraft erst, als das Finanzkapital seiner Infolge der fortschreitenden Krise bedurfte, um die Organisationen des Proletariats zu zerschmettern, das Proletariat in ohnmächtige Atome zu zerschlagen, um die Ausbeutung der wehr-

losen Masse zu vertausendfachen und so aus Blut und Knochen der Arbeiter die deutsche Bourgeoisie zu sanieren.

Wieso kommt die Sozialdemokratie zu dem Unsinn, daß der Faschismus seine Rolle unabhängig und sogar gegen die Bourgeoisie spiele? Weil die SP aus ihrer kleinbürgerlichen Haut nicht heraus kann! Die Koalition, die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie unter allen möglichen Formen, ist das Um und Auf, das Ziel, die Sehnsucht aller sozialdemokratischen Politik. Der Faschismus aber ist ein Werkzeug in der Hand derselben Bourgeoisie. Um nun mit dieser selben Bourgeoisie zusammenarbeiten zu können und gleichzeitig die Massen hinter sich zu halten, ist die SP gezwungen, den Faschismus den Massen als selbständige Kraft vorzutauschen, die auch die Kapitalisten vergewaltigt, welche sich «nur aus blinder Leidenschaft des Kampfes» dem Faschismus an den Hals werfen, statt klug und vernünftig mit ihrem wahren Freund, der SP, zu gehen.

Die SP spricht jetzt sehr viel von einer Umstellung, redet sehr viel vom Kampf gegen den Faschismus. In Wirklichkeit spekuliert sie nur auf sein Abwirtschäften und richtet eine neue Aufnahmestellung ein zur Rettung des Kapitalismus nach dem Bankrott des Faschismus. «Wenn das jetzige System fällt, darf aber nicht ein bolschewistisches Deutschland dastehen, deshalb muß eine demokratische Organisation bereit sein. Wir werden nach wie vor den Faschismus mit all geistigen Waffen bekämpfen...» sagt Weis im «Prager Tagblatt» vom 23. Juni. Mit anderen Worten, die SP will ein zweites 1918. Weder 1918 noch 1933, weder Faschismus noch Sozialdemokratie, sondern vorwärts auf dem Wege des konsequenten proletarischen Klassenkampfes, und die Parole der Arbeiter sein.

machen, die den Interessen von 700.000 österreichischen Arbeitern tödlich ins Gesicht schlägt, und dann mit eiserner Stirn zu behaupten, diese Politik diene den 700.000, und zu verlangen, weiter diese Politik zu unterstützen. Es hat Mut dazu gehört, am 15. Juli 1927 die Wiener Arbeiter wehrlos den Gegnern zu überlassen. Es war sehr mutig von Grzesinsky, am 1. Mai 1928 in Berlin in die Arbeiter schießen zu lassen. Waren etwa Ebert-Noske-Scheidemann 1918 bis 1920 feig? Es hat Mut dazu gehört, angesichts der herrnahnenden proletarischen Revolution tausende Arbeiter niedermetzeln zu lassen. Die «pazifistischen» Führer der englischen und französischen SP waren es, die, sehr mutig und sehr tapfer, als Rüstungs-, Munitions-, Kriegsluftfahrtminister an dem gar nicht «pazifistischen» Weltkrieg mitgehalten. Es sind tapferer und mutige Menschen, die österreichischen und alle anderen sozialdemokratischen Führer — nur stellen sie ihren Mut in den Dienst der Bourgeoisie. Feig, ausnahmslos feig sind sie nur, wenn es gegen die Kapitalisten geht. Da zittern sie, da weichen sie zurück, da scheuen sie den Kampf. Mutig sind sie, wenn es gegen das Proletariat geht, feig sind sie, wenn es geht gegen die Bourgeoisie. Es ist also die «Feigheit» der SP-Führung keine persönliche, sondern eine klassenmäßige, entsprechend der Klasse, die die SP wirklich vertritt, entsprechend dem Kleinbürgertum.

Manche meinen, die Führer wären zu alt, man müsse jüngere Leute an ihre Stelle setzen. Nun, ersetzt diese «Greise» durch junge Männer, und auch sie werden und können keine andere Politik machen als eine kleinbürgerliche, d. h. dem Wesen nach verräterische, da diese Politik zwangsläufig sich ergibt nicht aus der Zufallsführerschaft eines Renner oder Bauer, sondern aus dem Klassencharakter der SP, der unabänderlich ist.

Manche meinen, die Führer irren, man

müsse diese Irrtümer, Fehler korrigieren. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist die SP-Politik natürlich ein «Fehler». Aber betreibt die SP ihre Politik denn vom Standpunkt der Arbeiterklasse? Heute spricht sie nicht einmal mehr davon, sondern spricht nur mehr im Namen des «Volkes», der «Volkswirtschaft», wohinter sie vor den Arbeitern verbirgt und gegenüber der Bourgeoisie ausdrückt, daß sie spricht und handelt im Namen des Kapitalismus.

Die kleinbürgerliche Einstellung der SP kann man durch keinen wie immer gearteten Führerwechsel ändern. Die kleinbürgerliche Schichte, die heute die SP führt, wird mit allen Mitteln zu verhindern wissen, daß eine proletarische Opposition in der SP ihr jenes Instrument aus der Hand nimmt, mit dem sie für ihre eigensüchtigen kleinbürgerlichen Interessen die Kraft von 700.000 Arbeitern ausnützt. Die kleinbürgerliche SP-Bürokratie wird in diesem Kampfe jedes Mittel skrupellos anwenden, um ihre führende Rolle gegen jede proletarische Opposition zu sichern. Eine proletarische Opposition, die sich auf «Erobern der SP» einstellt, gibt sich einer hoffnungslosen Illusion hin.

Die SP als kleinbürgerliche Partei kann weiter bestehen, als proletarische Partei besteht sie nicht mehr. Die einzigen, die das noch nicht wissen, sind — die Arbeiter. Ihnen das zum Bewußtsein zu bringen, ist die besondere Aufgabe der proletarischen Opposition in der SP. Sie haben dieselbe Grundaufgabe wie wir hinzuarbeiten auf die Schaffung der wirklich proletarischen Klassenpartei. Zur Lösung dieser Grundaufgabe ist die Zusammenarbeit der proletarischen Opposition in der SP und der Linksoption unumgänglich notwendig, und je bewußter, planmäßiger diese Zusammenarbeit in Angriff genommen und durchgeführt wird, desto rascher und besser wird das Werk gelingen.

Wo bleibst Du „Sozialfaschismus?“

Die SPD ist verboten. Hitler hat «den linken Flügel der faschistischen Front» zertrümmert, hat seinem «Zwillingsbruder» den Schädel eingeschlagen. Welch grausame Kritik der Tatsachen am stalinischen «Sozialfaschismus»!

Wäre der «Sozialfaschismus» nur ein agitatorisches Schimpfwort, so wäre er auch falsch, wenn auch nicht so gefährlich. In Wirklichkeit ist er weit mehr, denn er drückt eine bestimmte strategische und taktische Einstellung aus.

Stalins Theorie vom «Sozialfaschismus» sagt: Nationalfaschismus und Sozialfaschismus stehen in einer Front, eben der faschistischen Front gegen das Proletariat. Die SP ist der Zwillingsbruder des nationalen Faschismus, sie ist der linke Flügel der faschistischen Front, das sind die Ausdrücke, die Stalin selbst gebraucht hat. Richtig ist, daß beide, Sozialdemokratie und Faschismus, in der kapitalistischen Front stehen. Vollkommen falsch und überaus schädlich ist es aber, zu sagen, beide stünden in der faschistischen Front. Faschismus und SP sind Instrumente der kapitalistischen Politik, doch ganz verschiedenartige Instrumente mit ganz verschiedenartigen Methoden. Es sind Kräfte, die einander ausschließen, die zueinander in tödlicher Konkurrenz stehen, um das Lakenmonopol der Bourgeoisie. Nicht die Unterstützung der Sozialdemokratie sucht der Faschismus, sondern sie zu zertrümmern, darauf geht er aus.

Aus dieser grundsätzlichen strategischen Einstellung kommt der Stalinismus zu einer grundsätzlichen Taktik gegenüber der SP. Statt die tödlichen Gegensätze zwischen diesen beiden Konkurrenten auszunutzen, bekämpft der Stalinismus die SP genau so wie den Faschismus. Ja, noch mehr: Er sagt, um den Faschismus wirksam bekämpfen zu können, müsse das Proletariat — zuerst die SP liquidieren. Auf dieser Linie handelte und handelt der Stalinismus. Dadurch hat er der SP nicht geschadet,

dem Faschismus aber genützt und die KPD, das deutsche Proletariat, in den Abgrund geführt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich aus Enttäuschung über die SP von ihr loszulösen beginnen, dürfen dem stalinischen «Sozialfaschismus» nicht verfallen, soll die linksoppositionelle Bewegung in der SP nicht schwer gehemmt werden. Vorwärts kommen kann die proletarische Opposition in der SP nur, wenn sie die scheinradikale Theorie vom «Sozialfaschismus» verwirft und überhaupt mit dem Stalinismus schonungslos abrechnet.

Nichts gelernt.

Als ob nichts geschehen wäre, verzapft der Stalinismus seinen Kohl über «Sozialfaschismus» und «Rote» Einheitsfront («Einheitsfront unter Führung der KP») weiter. Wer's nicht glaubt, der lese in der «Rundschau» vom 30. Juni die Resolution zur Lage in der Tschechoslowakei, Seite 745 ff.

Verschiedene Illusionen

Hand in Hand mit dem Auftreten oppositioneller Strömungen in der SP gehen zunächst gewisse Illusionen, denen selbst ethische Oppositionelle verfallen. Diese Illusionen können die Entwicklung einer ernststen proletarischen Opposition in der SP schwer hemmen. Ihre rasche Ueberwindung ist notwendig im Interesse des Proletariats.

Manche ehrliche Oppositionelle verneinen, durch einen Personenwechsel in der Führung der SP diese auf die proletarische Klassenlinie zu führen. Die einen meinen, es fehle Seitz, Bauer, D... an Mut, man müsse sie durch... ersetzen. In Wirklichkeit fehlt es den sozialdemokratischen Führern durchaus nicht an Mut — wenn es gegen die Arbeiter geht. Es gehört Mut dazu, eine Politik zu

Die Grundvoraussetzungen einer proletarischen Opposition

Die deutsche Katastrophe hat die Stimmung der Unzufriedenheit in der SP zu linksoppositionellen Strömungen verdichtet. Daß bei diesem Prozeß der Selbstverständigung über das wahre Wesen der Sozialdemokratie und ihre Politik, daß bei diesem Versuch, all dies zu überwinden, zunächst die verschiedenartigsten Illusionen mit unterlaufen, Illusionen vielfach selbst in den allerwichtigsten Fragen, ist begreiflich. In einer Frage jedoch darf vom ersten Augenblick an keine Illusion entstehen, weil sie die Grundvoraussetzung ist einer wirklichen proletarischen Opposition.

Einzelne oppositionelle Genossen in der SP gehen von folgender Grundvoraussetzung aus: die Aufrichtung der faschistischen Diktatur sei nicht mehr zu verhindern, der Sieg des Faschismus sei bereits unvermeidlich, es sei nichts mehr zu machen; dennoch müsse die Opposition arbeiten und je besser sie das heute schon besorge, um desto sicherer werde sie dann gerade in der Illegalität unter der faschistischen Diktatur, wo die jetzigen Führer illegal keinen Finger rühren werden, die Mehrheit der Partei für sich gewinnen.

Wir zweifeln die persönliche Ehrlichkeit derjenigen, die von dieser Grundvoraussetzung ausgehen und darnach handeln, nicht an. Allein wir müssen im Interesse der proletarischen Sache klar aussprechen: diese Grundeinstellung bedeutet den Verzicht darauf, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern, das Ergebnis dieser Grundeinstellung kann nichts anderes sein und ist nichts anderes als — die Kapitulation vor dem Faschismus!

Die jetzigen Führer der SP — welches immer ihre Absichten — treiben der Wirkung, dem Ergebnis nach Kapitulationspolitik. Doch Oppositionelle, die von der Grundvoraussetzung ausgehen, «die faschistische Diktatur ist nicht mehr zu verhindern», treiben genau so Kapitulationspolitik. Was also ist der Inhalt der Opposition der so eingestellten Genossen? Wir

wiederholen: Wir zweifeln nicht an dem guten Willen, an den ehrlichen Absichten, wir sprechen hier vom objektiven, in, halt einer solchen Opposition. Nicht mit jemanden zu verletzen, müssen wir das aussprechen, sondern zur Klärung der Arbeiter und um jenen Genossen, die von jener tödlich gefährlichen Grundvoraussetzung ausgehen, den Übergang auf die richtige Position zu erleichtern. Nun, der Wirkung, dem Ergebnis nach wäre der Sinn einer solchen Opposition nur dieser: die jetzigen Führer kapitulieren, wir kapitulieren zwar auch, aber die Verantwortung für die Kapitulation wälzen wir auf die jetzigen Führer, entfernen sie von der Führung, setzen uns als Führer an ihre Stelle und werden dann endlich die Partei auf die proletarische Klassenlinie überleiten.

Als ob die personelle Veränderung an sich helfen könnte! Als ob eine persönliche Aenderung der SP-Führung möglich wäre, die dem kleinbürgerlichen Klassencharakter der SP widerspräche! Und welche Illusion, zu verneinen, die Opposition werde «gerade unter der faschistischen Diktatur in der Illegalität die Mehrheit der SP erobern!» Blickt nach Deutschland: Die faschistische Diktatur, einmal errichtet, wird euch zu grunderichten, abschlagen, ins Konzentrationslager sperren, um euch für künftige Abschaltungen aufzubewahren. So schauen die Bedingungen aus für das «Erobern der Mehrheit der Partei unter der faschistischen Diktatur»... Und glaubt ihr, die dann von der faschistischen Diktatur blutig zertrampelten Arbeiter würden dann ausgerechnet solchen «die Mehrheit» — ihr wollt sagen: das Vertrauen — geben, die nicht den Finger gerührt, um das faschistische Mordregime zu verhindern, die statt zu kämpfen, um es zu verhindern, gepredigt haben, «es sei nichts mehr zu machen?»!

Gewiß, 15 Jahre sozialdemokratischer Verratspolitik, 10 Jahre stalinscher Ver-

brecherpolitik haben die Kräfteverhältnisse der Klassen außerordentlich zum Nachteil der Arbeiter, zum Vorteil der Kapitalisten verschoben. Gewiß, die Kampf-lage heute ist für die Arbeiter schwer, sehr schwer. Gewiß, mit jedem Tage verschlechtert sich die Kampf-lage weiter für die Arbeiter, weil sozialdemokratischer und stalinscher Verrat weitergehen und noch immer kein neues, wirkliches Kraft-zentrum im Proletariat erstanden ist: Obwohl sich so mit jedem Tag die Kampf-lage für die Arbeiter immer gefährlicher gestaltet — nur der wirkliche Kampf wird darüber entscheiden, ob die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern ist oder nicht. Und wenn trotz des Kampfes der Faschismus siegt: dann wird die geschlagene Arbeiterklasse leichter und schneller aufstehen als nach kapitulloser Kapitulation, dann wird sie sich wieder erheben im Geiste derer, die gekämpft, und wird verfluchen, mit Recht verfluchen all die, die sie in die Kapitulation geführt.

Doch ist überhaupt der Pessimismus gerechtfertigt, als seien die Kampfbedingungen schon so weit verschoben, daß die Aufrichtung der faschistischen Diktatur überhaupt nicht mehr verhindert werden könnte?! Die so denken, begehen zwei gewaltige Trugschlüsse.

Erstens: Es gibt Zeiten in der Geschichte, wo der Prozeß der Umstellung einer Klasse unendlich langsam, fast unsichtbar vor sich geht, wo es Jahre, Jahrzehnte braucht, bis die Klasse Schlußfolgerungen zieht aus ihren Erfahrungen, wo es Jahre, Jahrzehnte braucht, bis sie diese Schlußfolgerungen verwirklicht. Solche Jahre, Jahrzehnte haben wir miterlebt und der Trugschluß besteht darin, zu vermuten, genau so wie bis jetzt werde und müsse es nun auch weitergehen. Doch es gibt Zeiten in der Geschichte, wo eine Klasse vulkanisch eine Umstellung vollzieht, an der sie sonst Jahre, Jahrzehnte braucht, wo sie die Bilanz einer ganzen Epoche mit Blitzesschnelle zieht und verwirklicht. In einer solchen Zeit leben wir gerade heute und nur die Vermögen richtig zu handeln, die dies erkennen und sich darnach einstellen.

Zweitens: Jene pessimistischen Oppositions-genossen in der SP stützen ihre falsche Grundeinstellung auf den Pessimismus breiter sozialdemokratischer Arbeitermassen. Dieser ist Tatsache. Wir sind weit davon entfernt, den sozialdemokratischen Arbeitern daraus einen Vorwurf zu machen. Denn wir stellen die Frage: Warum sind breite sozialdemokratische Arbeitermassen pessimistisch gestimmt? Doch nur darum, weil sie an die SP mit Recht nicht mehr glauben. Doch nur darum, weil sie nach tausenden Erfahrungen auch vom Stalinismus mit Recht nichts mehr halten. Doch nur darum, weil sie im ganzen Lage des Proletariats kein Kraftzentrum sehen, das ihnen kämpfend den Weg wiese aus der Massennot, das sie wirklich mit neuen Hoffnungen, neuem Kampfesmut erfüllt! Erfüllt die wirkliche Rolle einer proletarischen Opposition, richtet euch auf als aktiver Faktor und die Massen werden aufhorchen, aufblicken, aufatmen, werden sich aufrichten und euch kämpfend folgen. Klagt nicht über den Pessimismus der Massen:

Setz an die Stelle eurer Kapitulationseinstellung die Grundeinstellung des Kampfes und der Pessimismus der Massen wird schwinden.

Kein Wunder ist dazu nötig, kein ultralinker Purzelbaum, aber realistische, doch wahre Kampfeinstellung und ein dementsprechendes Verhalten. Schluß mit aller Kapitulationseinstellung, Kampf auf der Linie des konsequent proletarischen Realismus, das ist die Grundvoraussetzung einer wirklichen proletarischen Opposition.

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

16. und 23. Juli. Badeausflug Zinkbach. Wenn nicht Badewetter, so Treffpunkt halb 2 Uhr Straßenbahnstation hinter der Floridsdorfer Brücke und von dort aus Partie nach Vösendorf.

Londoner Bankrott

Sich selbst zu retten auf Kosten des Proletariats, auf Kosten der Mittelschichten, auf Kosten der Kapitalisten der anderen Länder, das ist die wirkliche Lösung jeder nationalen Bourgeoisie. Und genau zu diesem Zwecke sind die Vertreter der kapitalistischen Staaten in London zur bankrottierenden «Weltwirtschaftskonferenz» zusammengetreten. Am deutlichsten tritt dies an dem Verhalten Amerikas und Englands zutage, deren wachsender Gegensatz, die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Räubern der ganzen Welt dominierend beeinflusst. Die englische Bourgeoisie hat das Pfund entwertet, um mit einem Ruck die Löhne der englischen Arbeitern um 30 Prozent zu senken, 30 Prozent der Ersparnisse der englischen Mittelschichten zu rauben und durch 30prozentige Verbilligung den englischen Waren den Weltmarkt zu öffnen auf Kosten der anderen kapitalistischen Räuber. Amerika hat das — genau zu denselben Zwecken — beantwortet mit der Entwertung des Dollars. Die sich verschärfende Krise verschärft den rasenden Konkurrenzkampf der Kapitalisten.

Der Sowjetmacht bieten die sich spitzenden Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten gute Chancen. Auf der Basis einer wirklichen Einheitsfrontpolitik, die die Kampfeinheitsfront der Sozialdemokratischen Internationale, der Kommunistischen Internationale, der Gewerkschaftsinternationale erzwingen würde, auf der Grundlage einer solchen Politik, für die die LO ununterbrochen kämpft, wäre die Sowjetmacht heute ein Faktor, deren Wort wirklich entscheidend in die Waagschale fallen würde. Dank der stalinschen Politik, die zur Katastrophe in China und nun in Deutschland geführt, die Rußland so im Osten und Westen isoliert hat, steht die Sowjetmacht ohne internationale, proletarische Kampfeinheitsfront da. So kann Litwinow in London zwar große Worte von sich geben, hinter denen aber real eine durch den Stalinismus wesentlich geschwächte Kraft steht. Die kapitalistischen Räuber wissen das sehr genau. Wer bei diesen Handels- und Kreditgeschäften wirklich gewinnt, ob England oder Rußland, ob Amerika oder Rußland, das hängt letzten Endes ab von der Grundfrage, nach welcher Seite sich das grundlegende Kräfteverhältnis verschiebt, ob nach der Seite der Bourgeoisie oder nach der Seite des Proletariats. Die stalinsche Politik verschiebt es fortgesetzt zum Nachteil der Arbeiter. Die durch den Stalinismus verschuldete Katastrophe in Deutschland, die zugleich eine Katastrophe der KPD ist, zeigt das aufs krasseste. Mögen selbst die «Sozialfaschisten» Litwinows «Erfolge» in London rühmen, die Zukunft — und eine sehr nahe — wird beweisen, daß die Gesamtlage der russischen Arbeiterklasse, der Weltarbeiterklasse dadurch nicht geändert wird. Eine Wendung für die Arbeiter herbeiführen kann nur eine Politik, die nicht zum Ziel hat, den «Aufbau in einem Lande», sondern zum Ziel hat, die Interessen des Weltproletariats. Die nationalrussisch orientierte Politik des Stalinismus führt die Arbeiter in den Abgrund. Die Arbeiter vorwärts führen kann nur die marxistisch-leninistische Politik, deren Grundlinie ist und bleibt die Politik des internationalen revolutionären Realismus.

Parteireinigung

Seit einem Jahr ist der Parteitag der russischen KP fällig. Stalin traut sich nicht, ihn zusammenzutreten zu lassen. Der Bankrott seiner Wirtschaftspolitik ist offenkundig. Die wirtschaftliche Lage der russischen Arbeiter ist außerordentlich schlecht und verschlechtert sich weiter. Politisch aber hat die freche Stalin-Bürokratie alle Rechte der Arbeiter, ja selbst der Kommunisten, niedergetrampelt. Die Unzufriedenheit unter den russischen Arbeitern ist gewaltig. Die linksoppositionelle Stimmung unter den russischen Arbeitern greift immer mehr um sich und das Verlangen nach der Rückberufung der Linksopposition wird immer stärker. Stalin sucht die russischen Arbeiter zunächst durch «außenpolitische Erfolge» nochmals zu ködern. Doch haben die Arbeiter schon an den bisherigen stalinschen «Antikriegspakten» erkannt, daß sie dem Proletariat keinen Pfifferling nützen. Durch die neuen stalinschen «Friedenspakten» werden sich

die Arbeiter nicht bluffen lassen, denn nur auf dem Boden einer ehrlichen, wirklichen Kampfeinheitsfront mit dem Weltproletariat kann die Wendung für die Sowjetmacht, für das Weltproletariat herbeigeführt werden. Der Stalinismus aber läßt das Weltproletariat links liegen, pfeift auf die internationale proletarische Revolution und ersetzt sie durch Schacher mit den verschiedenen kapitalistischen Räuberstaaten. Auf diese «politische» Vorbereitung des Parteitages verläßt sich die Stalin-Clique nicht, sondern sie baut auf ihre «organisatorische» Vorbereitung und eben deshalb schiebt sie den Parteitag immer wieder hinaus. Zuerst soll die «Reinigung» der Partei durchgeführt werden, die Reinigung nämlich von allen, die mit der Stalin-Politik unzufrieden sind. Da diese Unzufriedenheit schon große Kreise erfaßt hat und sich immer weiter verbreitet, so wird die stalinsche «Reinigung» diesmal also sehr gründlich ausfallen. Aber nützen wird sie der stalinschen Verräterclique, die unter kommunistischen Phrasen in Wirklichkeit nur ihre usurpierten Macht- und Pfündenprivilegien verfehlt, nicht lang!

Ein Invalidenarzt

Ein Leobener Arbeiter schreibt uns: Der Kriegsbeschädigte J. Rupert, dessen Kriegsverletzung sich von Jahr zu Jahr verschlechtert, steht seit 1 1/2 Jahren bei mehreren Ärzten in Behandlung. Vom 17. Jänner bis 17. Februar 1933 war er im Spital, wo man ihm auch das Krankengeld gewährte, das einem Kriegsinvaliden zusteht.

Nach der Spitalsbehandlung wurde Rupert an den Dr. Renner von Donawitz zur Weiterbehandlung zugewiesen. Obwohl es dessen Pflicht als zuständiger Invalidenarzt gewesen wäre, den Kranken zu untersuchen, hat er es nicht der Mühe wert befunden, den Kranken auch nur näher anzusehen.

Als nun Rupert später von Dr. Renner die Ausstellung des sogenannten E-Vertrages für den Bezug des Krankengeldes verlangte, schrieb Dr. Renner hinein, die Art der Heilbehandlung schließe die Erwerbsmöglichkeit nicht aus, obwohl der Kranke fast immer bettlägerig war, was derselbe durch Zeugen bestätigen kann.

Als nun Rupert den Dr. Renner ersuchte, er solle ihm das Krankengeld gewähren, da er doch nicht arbeitsfähig ist und mit der kleinen Rente von 25 S monatlich nicht mit seiner Familie leben kann, gab ihm Doktor Renner zur Antwort: «Fällt mir gar nicht ein, Sie gehen mir schon auf die Nerven, wenn Sie nochmals hierher kommen, dann werde ich eine Bombe vor meine Tür legen, damit ich sie nicht hier sehe.» Obwohl der Kranke heute noch krank ist und der Doktor Renner selbst in einem zweiten E-Vertrag folgende Krankheit ausstellte: der Kriegsbeschädigte ist lungentuberkulos, knochen-tuberkulos und leidet an eitrigem Fistel — also kurz gesagt, nicht arbeitsfähig ist — so verweigert er doch dem armen Teufel das Krankengeld. So sieht die Menschenfreundlichkeit eines Naziarztes aus, der einem durch und durch kranken Menschen nicht einmal die paar Schilling Krankengeld gewährt, obwohl es ihm gesetzlich zusteht. Einem armen Teufel mit Bomben zu drohen, ob das nun im Spaß oder im Ernst gemeint ist, muß jedenfalls scharf verurteilt werden.

Max und Moritzperle

Unter dem Titel «Der Führer» veröffentlicht die erste ernste linksoppositionelle Gruppierung in Oesterreich in Nr. 7 von «Unser Wort» einen aufschlußreichen Artikel. Da wird sehr richtig dargestellt, wo die Kunst des «großen Führers» Otto Bauer darin besteht zu erklären, was geschienen ist, aber nicht zu sagen — was zu tun ist. Prüft man jedoch, was Max und Moritz Nr. 2 in demselben Artikel den österreichischen Arbeitern sagt, so kommt man zu dem höchst ergötzlichen Ergebnis, daß sie genau dasselbe tun wie Bauer: nämlich die Dinge betrachten, schön erklären, was geschienen ist, aber nicht zu sagen, was zu tun ist. Statt Anleitungen zum Handeln, geben die Max und Moritz Nr. 2 — politische Feuilletons. Daran ändert auch die Lösung «Aufbruch der Arbeiter gegen die sozialdemokratischen Führer!» gar nichts. Sie ist in dieser Allgemeinheit ein Gemeinplatz. Abgesehen davon, daß die sozialdemokratischen Arbeiter mit diesem Aufbruch schon längst begonnen haben und die Funktion der LO nicht darin be-

steht, am Schwanz der unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter hinterherzuerennen, sondern umgekehrt, ihrem instinktiven Drängen auf den richtigen Weg zu verheifen. Die Lösung «Aufbruch gegen die sozialdemokratischen Führer» in dieser Allgemeinheit ist falsch, weil irreführend. In der Tat vermeinen noch heute fast alle unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter, ja sogar vorgeschrittene oppositionelle Genossen, es sei möglich, durch persönliche Aenderungen in der Führung die SP auf die proletarische Klassenlinie umzuheilen. Nur wenn die LO den sozialdemokratischen Genossen hilft, diese und andere Illusionen möglichst rasch zu überwinden, nur wenn sie sie immer wieder vor den verschiedenen Abwegen bewahrt, nur wenn sie ihnen immer wieder möglichst konkret den Weg nach vorn beleuchtet, nur dann erfüllt sie wirklich ihre linksoppositionelle Rolle.

Konzentration der Rechten — „nach links“

Nun stoßen auch Schlam und Ries zur ersten ernsten linksoppositionellen Gruppierung in Oesterreich. Es fehlt nur noch Ziegler und dann sind sie alle da, alle die Rechten, die (im Bündnis mit der Stalin-Clique) uns 1927 aus der Partei ausgeschlossen haben, alle die, die bis 1931 bedingungslos mit der verbrecherischen Stalin-Clique gegangen sind, alle, die auch nachher erklärt, nur die Politik der einzelnen Sektionen sei falsch. Die Koplenik & Co. seien unfähig, an ihre Stelle müßten die Schlam & Co. kommen, ansonsten aber sei alles, was die Stalin-Clique in Rußland mache und auch ihre internationale Politik in der Hauptsache richtig. Nun vereinigen sich alle diese jahrelangen Rechten in der ersten ernsten linksoppositionellen Gruppierung in Oesterreich. Welcher Wandel durch Gottes Fügung!

Man mißverstehe uns nicht: Wir begrüßen es, wenn Rechte zur Linksopposition stoßen, sofern es aus Überzeugung geschieht. Die minimalste Vorsicht würde es empfehlen, von denjenigen, die durch lange Jahre Rechts-politik getrieben und wütend und mit allem Mitteln die LO bekämpft haben, eine ehrliche, offene Erklärung vor der gesamten Arbeiterschaft zu verlangen. Nach allem, was man gerade von den österreichischen Rechten in den langen Jahren erlebt hat, liegt der Gedanke sehr nahe, daß sie in Wirklichkeit nur lockt die Perspektive auf dem Rücken Trotzki's irgendwie emporzuklettern. Es sind durchwegs organische Rechte: politische Passivität ist der Grundzug ihres Wesens, ebenso wie höchste Aktivität im Geschäftstreiben, Intrigieren und Giftspritzen.

Was diese Umgruppierung von langjährigen Rechten «nach links» (ohne sich ihres rechten Gepäcks bisher irgendwie entledigt zu haben) ganz besonders kennzeichnet, ist jedoch dieses: sie sind tatsächlich die Achse der ersten ernsten linksoppositionellen Gruppierung in Oesterreich. Lieber macht Gen. Trotzki die Rechten zur Achse, bevor er sich offen, freimütig, konkret mit aufrichtigen Linken auseinandersetzen würde. Was diese jahrelangen skrupellosen Feinde der Linkspolitik anzieht, ist gerade dieses: ihren Zwecken so zuzugewandenes Verhalten Trotzki's gegenüber aufrechten Linken: sie wittern Konjunktur für Leute mit elastischen Rückgrat.

Wer glaubt, daß dem nur so in Oesterreich ist, der irrte. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich genau dasselbe auch in anderen Ländern anbahnt, zum Beispiel in der Tschechoslowakei. Es scheint, daß dort jener Neurat, dessen verbrecherische Rolle im österreichischen Parteikonflikt aus den Jahren 1923 und 1924 sattem bekannt ist, der ein Jahrzehnt skrupellose Rechtspolitik getrieben, es scheint, daß ausgerechnet dieser verbiessene Rechte mit seiner so stark entwickelten karrieristischen Ader — er war immer ein besonderer „Gönner“ der österreichischen Rechten — in der tschechischen LO als die Achse ausersuchen ist.

Briefkasten

Strahof. Da die Max und Moritz Nr. 2 keine anderen Argumente haben, als Dreck- und Prügelmethoden, und sich um die Verantwortung drücken möchten, so gehen sie damit krebzen, es sei unstatthaft, die Namen derjenigen unter ihnen zu nennen, die für diese Methoden verantwortlich sind. Wir sind aber ganz und gar nicht dieser Ansicht und werden ihnen nicht gestatten, sich um ihre Verantwortlichkeit zu drücken unter dem lügnerschen Vorwand, ihre Person werde dadurch geschädigt oder auch nur gefährdet.

Preisfonds. B II: 1 S.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und verantwortlicher Redakteur im Auftrag der Linksopposition: Johann Babnik, Wien, XVI, Liebhartgasse 36/13. — Druck: «Iwa», Wien, VII, Lerchenfelderstraße 1.